

**IVSS-Initiative
Forschungsergebnisse
& Standpunkte
Nr. 8**

**Konferenz über die
IVSS-Initiative**

**Grundlagen und Garantien der
Ansprüche auf soziale Sicherheit
zu Beginn des 21. Jahrhunderts**

Joakim Palme

Januar 2003

Grundlagen und Garantien der Ansprüche auf soziale Sicherheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts

**Konferenz über die IVSS-Initiative
Vancouver, Kanada, 10. - 12. September 2002**

Joakim Palme

Professor

Schwedisches Institut für Sozialforschung, Universität Stockholm
Schweden

Herausforderungen für die soziale Sicherheit

Dem dritten Jahrtausend ging ein Jahrzehnt der Massenarbeitslosigkeit und der Krise des Wohlfahrtsstaates voran, von denen nicht zuletzt die europäischen Länder betroffen waren, und die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten weltweit verschärften. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts zeigen sich die Finanzmärkte zunehmend verunsichert. Aber die Unsicherheit wächst auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Heute geht das erste Jahr der Unsicherheit nach dem 11. September zu Ende. Aus diesen und anderen Gründen scheint es angebracht und wünschenswert, die Diskussion über die Grundlagen der sozialen Sicherheit zu beleben. Ich werde das Thema mit einem Plädoyer für eine einzige Strategie angehen, anstatt eine Vielzahl von Alternativen erörtern, was natürlich nicht heißt, dass es diese nicht gibt. Die hier vertretenen Auffassungen sind meine eigenen und beruhen auf vergleichender Forschung zur sozialen Sicherheit im Allgemeinen und dem schwedischen Beispiel in den neunziger Jahren im Besonderen.

In den am meisten entwickelten Industrieländern kommen auf die Sozialschutzsysteme neben den bereits genannten eine ganze Reihe von Herausforderungen zu. Die Bevölkerung altert, was höhere staatliche Ausgaben für die Transfersysteme und Versorgungsleistungen nach sich zieht. Die Menschen scheiden immer früher aus dem Arbeitsleben aus, gleichzeitig wird es für jüngere Menschen schwieriger, eine bezahlte Beschäftigung zu finden. Sinkende Geburtenraten sind nicht nur problematisch in Hinblick auf das zukünftige Gleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Rentnern, sie verweisen auch auf eine gescheiterte Unterstützung von Familien im gebärfähigen Alter. Scheidungsraten und Alleinerziehende nehmen hingegen zu. Mit der hohen Arbeitslosigkeit gehen Armut und soziale Ausgrenzung einher, von denen besonders Immigranten betroffen sind. Veränderungen auf der internationalen Bühne schränken die Regierungen in ihrer Handlungsfähigkeit ein, können aber auch neue Chancen bieten. Die Geschichte zeigt, dass Reformen der sozialen Sicherheit auf sich wandelnde Wirtschafts- und Sozialstrukturen, aber auch politische Mobilisierung antworten. Bei den wichtigen Entwicklungsphasen spielte das Lernen vom Ausland sicherlich eine Rolle, d.h. die Verbreitung von Ideen und Modellen. Wenn die Regierungen heute nicht auf die neuen Herausforderungen

reagieren, werden wichtige gemeinsame Errungenschaften gefährdet. Wie die einzelnen Länder antworten und was sie erreichen, ist für Entwicklungs- und Industrieländer relevant.

Das nordische Modell und die Krise des Wohlfahrtsstaates

Schweden und die anderen nordischen Länder haben ein universelles Modell des Sozialschutzes geschaffen, in dem sich an den Wohnsitz gebundene Leistungen und Dienstleistungen mit einer einkommensbezogenen Sozialversicherung verknüpfen. Diese Universalität entstand als Antwort auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Land- und der Stadtbevölkerung sowie die politische Mobilisierung dieser Interessen. In der Nachkriegszeit ermöglichte die einkommensbezogene Sozialversicherung eine Strategie, die Selbständige und Lohnempfänger einschließt und den staatlichen und den privaten Sektor in einem Schutzsystem zusammenfasst. Die Ausweitung der Dienstleistungen war teilweise eine Antwort auf die alternde Bevölkerung, hängt aber auch eng mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen und ihrer Beteiligung an der Politik zusammen. So gründeten sich die Systeme der sozialen Sicherheit auf universelle Leistungs- und Dienstleistungsgarantien, kombiniert mit einer einkommensbezogenen Sozialversicherung. Im Ergebnis etablierten sich große Interessengruppen in diesen Institutionen.

Dieses Modell bewährte sich im Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheiten. Verdeutlicht wird dies beispielhaft durch die sinkenden Armutsraten in Familien mit Kindern und unter den älteren Menschen. Diese Gruppen repräsentieren die Lebensabschnitte, die historisch gesehen am stärksten der Armut ausgesetzt waren und wo immer noch große Unterschiede von Land zu Land bestehen, selbst zwischen den entwickelten Industrienationen. Offenbar erwiesen sich Modelle, die die Wohlhabenderen in Sozialschutzsysteme einbeziehen, als erfolgreicher in Bezug auf die Verringerung sozialer Ungleichheiten als solche, die ausschließlich auf die Armen zielten. Aber der Erfolg des Modells lässt sich nicht erklären ohne zu verstehen, wie Beschäftigung und Teilnahme, insbesondere von Frauen, durch verbesserte Anreize, Investitionen in die Humanressourcen, Ausdehnung der sozialen Dienste und verbesserte Chancen durch das Beschäftigungswachstum, nicht zuletzt im Bereich der sozialen Dienste, ihren Aufschwung nahmen.

Dennoch geriet die soziale Sicherheit in den nordischen Ländern wie anderenorts vor kurzem in eine Krise. In den neunziger Jahren erlebte Schweden die schwerste gesamtwirtschaftliche Krise seit den dreißiger Jahren. Zwischen 1990 und 1993 ging die Beschäftigung um 13 Prozent zurück. Die offene Arbeitslosigkeit stieg von 1,7 auf 8,3 Prozent und der Anteil der Arbeitnehmer, die von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik betroffen waren, erhöhte sich von 2,9 auf 6,1 Prozent. Das Wachstum des BIP blieb drei Jahre in Folge negativ. Die Beschäftigungskrise hatte nachhaltige Auswirkungen auf die staatlichen Finanzen, da der Beschäftigungsrückgang zu einem massiven Anstieg der Staatsausgaben sowie erheblich verringerten Einkommen führte. Dies schuf ein schnell wachsendes Haushaltsdefizit. Der Haushalt entwickelte sich von einem Überschuss im Jahre 1990 zu einem Defizit von mehr als 13 Prozent des BIP im Jahre 1993. Gleichzeitig veränderten sich die Altersstrukturen der Bevölkerung nachhaltig, was die Sozialsysteme zusätzlich beanspruchte. Zahlreiche Konflikte und Bürgerkriege weltweit bedeuteten, dass Schweden in dem Augenblick, als die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreichte, die größten Wellen von Flüchtlingen und Einwanderern in seiner modernen Geschichte aufnahm. Diese Einwanderung setzte viele soziale Institutionen unter Druck, insbesondere deshalb, weil viele Immigranten erhebliche Schwierigkeiten hatten, einen Arbeitsplatz zu finden.

Die Beschäftigungskrise belastete die soziale Sicherheit nachhaltig, was wiederum zu staatlichen Reformen und Maßnahmen in praktisch allen Systemen führte. In der Krise wurde eine Reihe von umfassenden Kürzungen durchgesetzt. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wurde in mehreren Fällen eine Umkehr vollzogen, was dazu führte, dass der Unterschied

zwischen dem Anfang und dem Ende der neunziger Jahre nicht sehr deutlich ausfiel. Die Veränderungen fielen in den einzelnen Bereichen unterschiedlich aus, in der Regel betrafen sie aber die Höhe und Dauer der Leistung sowie die Anspruchsvoraussetzungen. Im Großen und Ganzen waren die Änderungen zahlreich und schränkten die Großzügigkeit ein, quantitativ waren sie jedoch geringfügig.

Es wäre daher irreführend zu folgern, dass Schweden sein Modell der sozialen Sicherheit aufgegeben hat. Universelle soziale Dienste und Leistungen in Verbindung mit einer einkommensbezogenen Sozialversicherung bestimmen immer noch das System. Bestimmte Entscheidungen, aber auch solche, die nicht getroffen wurden, könnten das System langfristig jedoch in Bezug auf die Interessenkonstellation im Umfeld der sozialen Institutionen verändern. Nicht getroffene Entscheidungen sind aus einer Modellperspektive vielleicht sogar am wichtigsten. Da die Obergrenzen im Sozialversicherungssystem nominal fest bleiben und die Reallöhne steigen, liegt der Verdienst von einer immer größeren Zahl von Bürgern über dieser Obergrenze. Dies könnte langfristig die einkommensbezogenen Systeme in Pauschalleistungssysteme verwandeln, könnte die Versicherungsträgerschaft auf private Systeme verlagern und möglicherweise die existierende breite Unterstützung für die staatlichen Systeme aushöhlen.

Schweden wurde oft als Beispiel für geringe Ungleichheiten und ein hohes Maß an sozialer Integration zitiert. Die Krise hatte offensichtlich nachhaltige negative Auswirkungen auf die Wohlfahrt der Menschen, aber sie wurde gleichzeitig durch verschiedene soziale Systeme aufgefangen. Die Einkommensungleichheiten nahmen nicht infolge der Krise an sich, sondern eher während der Erholungsphase zu.

Zweifelsohne beeinflussten auch Veränderungen und Entscheidungen der Außenwelt die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens. Mit Ausnahme von Finnland waren Umfang und Tiefe der Krise im Vergleich zu den meisten fortgeschrittenen Industrieländern jedoch einmalig. Dies legt es nahe, dass Entscheidungen und Prozesse auf nationaler Ebene entscheidenden Einfluss auf den Verlauf der Krise hatten. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neunziger Jahren wirkte sich deutlich im Sozialbereich aus. Dies gilt sowohl für die verfügbaren sozialpolitischen Ressourcen als auch die Lebensbedingungen des Einzelnen und der Familie. Arbeitslosigkeit traf alle Bevölkerungsgruppen, aber die anhaltende Arbeitsmarktkrise hatte besonders negative Auswirkungen auf die soziale Lage von Randgruppen in der Gesellschaft. Für die Zukunft kann daraus der Schluss gezogen werden, dass es triftige Gründe gibt, die Konsequenzen für die soziale Entwicklung im weitesten Sinne zu beleuchten, einschließlich der Indikatoren für Gesundheit und andere soziale Aspekte sowie der üblichen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Indikatoren, wenn wichtige gesamtwirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden.

Der Rahmen für die Reform der sozialen Sicherheit

Die Krise dürfte das Dilemma der gegenwärtigen und zukünftigen Reformen verdeutlicht haben. Benötigt wird nun eine Strategie, die diese Probleme löst, ohne den Wohlfahrtsstaat in sozialpolitischer oder moralischer Hinsicht zu schwächen. Auf der Suche nach wichtigen Elementen – einem Rahmen – für eine solche Strategie mag es sinnvoll erscheinen, von der Idee auszugehen, dass neue Bedürfnisse bei begrenzten Ressourcen und unter Vermeidung von Kompromissen zwischen Gleichheit und Effizienz nur erfolgreich befriedigt werden können, wenn verbesserte Anreize und die erforderlichen Humanressourcen, sozialen Dienste und Beschäftigungsmöglichkeiten bereitgestellt werden.

Wie können wir dies erreichen? Das grundlegende Ziel bei der Stärkung der sozialen Sicherheit sollte meines Erachtens im Erhalt, wenn nötig in der Wiederherstellung des universellen Ansatzes beim Sozialschutz liegen. Dies bedeutet nicht nur, dass ganze Bevölkerungsgruppen

unter den gleichen Rahmenbedingungen abgedeckt sind, sondern auch, dass die Leistungen und Dienste angemessen sind und Menschen in unterschiedlicher Situation und mit verschiedenem Einkommensniveau tatsächlichen Schutz bieten. Damit das Schutzsystem in der Praxis funktioniert, müssen wir Verfahren finden, die im Wesentlichen dazu führen, dass die Zahl der Steuerzahler zu- und die Zahl der Leistungsempfänger abnimmt.

Wie man Armutfallen vermeidet, ist eine zentrale Frage, die sich in Bezug auf die Anreizstrukturen stellt. Eine Daumenregel besagt, dass universelle Leistungen und Dienste eher zum Einsatz kommen sollten als solche, die einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegen. Dies liegt daran, dass gerade die Vorteile, die eine Erwerbstätigkeit für Personen mit niedrigem Einkommen – häufig sind es Frauen – bringt, in Frage gestellt werden, wenn die Bedürftigkeit geprüft wird. Eine andere Strategie besteht darin, die Sozialversicherung einkommensbezogen zu gestalten, was die Arbeit und die Zahlung von Beiträgen für die soziale Sicherheit für die Menschen lukrativ macht. Je mehr sie verdienen und einzahlen, desto höher werden ihre Leistungsansprüche sein.

Die wirksamste Strategie im Bereich der Humanressourcen ist die Aus- und Fortbildung sowie andere Formen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie öffentliche Arbeiten und subventionierte Beschäftigung. Ziel dieser Maßnahmen ist die Verbesserung, zumindest aber der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen. In Schweden trug dieser Ansatz vermutlich zur hohen Gesamtbeschäftigungsrate bei. Als das Land jedoch von Massenarbeitslosigkeit getroffen wurde, erwiesen sich die Ressourcen als zu gering, so dass die Regierungen häufig billigen "passiven" Maßnahmen den Vorrang gaben.

Soziale Dienste können auch als unabdingbare Ressourcen verstanden werden, die es den Erwachsenen in Familien mit kleinen Kindern oder gebrechlichen älteren Verwandten erlauben, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Der nordische Ansatz in Bezug auf die Mittel für soziale Dienste setzt auf umfassende Subventionen der staatlichen Dienstleistungen wie Tagesstätten. Dies hat sicherlich zu der hohen Gesamtbeschäftigungsrate von Frauen beigetragen.

Selbst wenn die Arbeitnehmerschaft hochqualifiziert ist, sowie Armutfallen und hohe Grenzsteuern weitestgehend vermieden wurden, nützt dies wenig, wenn die Menschen nicht Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten, um ihre Fähigkeiten einzubringen. Wenn es keine oder zu wenige Arbeitsplätze gibt, auf die man sich bewerben kann, reichen gute Qualifikationen unter Umständen nicht aus, um eine Beschäftigung zu finden. Die Sozialpolitik kann nicht das Scheitern der Wirtschaftspolitik ausgleichen. Eine erfolgreiche Strategie der Stärkung der sozialen Sicherheit basiert daher auf einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Andererseits reicht eine solche erfolgreiche Wirtschaftspolitik aber kaum aus, wenn z.B. die Qualifikationen der Arbeitslosen nicht den Erfordernissen der freigewordenen Stellen entsprechen.

In vielen Ländern lässt sich ein Trend zur vermehrten Beschäftigung von Frauen und ein ausdrücklicher politischer Wille feststellen, Männer und Frauen in gleichem Umfang zu beschäftigen. Wenn die Regierungen dem Bedürfnis nach sozialen Diensten nicht entsprechen, dürfte dies die alten sozialen Trennungslinien verschärfen und neue schaffen. Eltern mit geringem Einkommen, von Alleinerziehenden gar nicht zu reden, hängen ganz besonders von subventionierten sozialen Dienstleistungen ab, um eine Beschäftigung zu suchen und zu behalten. Ich bin der Ansicht, dass die sozialen Dienste in diesem Zusammenhang die effizienteste Lösung für Alleinerziehende darstellen, um der "Abhängigkeit von Leistungen" zu entkommen und den Lebensstandard ihrer Familie zu heben. Dies sollte als Doppelstrategie verstanden werden, die das Einkommen der Alleinerziehenden und die Situation der Kinder verbessert. Familienbeihilfen sollten so gestaltet sein, dass sie Familien- und Arbeitsleben für Familien mit zwei Verdienern vereinbar machen. Politische Maßnahmen, die die Chancengleichheit von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt und die gleiche Verantwortung und Partizipation in Bezug auf das Familienleben anstreben, sollten gefördert werden.

Das Fehlen angemessener sozialer Dienste wie Kinderbetreuung und Pflege von gebrechlichen älteren Verwandten sind effektive Barrieren, die in erster Linie die Partizipation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in der Gesellschaft allgemein, behindern. Soziale Dienste können als Investitionen gesehen werden, die dynamisch wirken, indem sie Menschen die Möglichkeit bieten, Steuerzahler zu werden und so zum Ausgleich der staatlichen Finanzen beizutragen. Sie werden auch benötigt, um die volle Partizipation aller Bürger in der Gesellschaft und nicht nur auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Der Zugang zu Dienstleistungen ist daher von grundlegender Bedeutung für die Demokratie.

Gleichheit und Effizienz

Was die wirtschaftliche Effizienz angeht, ist die administrative Kostengünstigkeit universeller Systeme offensichtlich ein Vorteil. Eine weitere Stärke rein einkommensbezogener universeller Systeme liegt darin, dass sie die "Transaktionskosten" auf dem Arbeitsmarkt verringern. Einzelpersonen, Unternehmen und Gewerkschaften brauchen keine Zeit in Verhandlungen über Leistungen der Grundversicherung und Dienste wie die Gesundheitsversorgung investieren. Zudem fördern diese Systeme die Mobilität und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, da ihr universeller Charakter dazu führt, dass die Arbeitnehmer nicht ihre Ansprüche verlieren, wenn sie die Stelle wechseln – die Übertragbarkeit von Ansprüchen ist in der Sozialversicherung stark ausgeprägt. Ein vernachlässigter Aspekt und Vorteil von staatlichen Systemen besteht darin, dass es prinzipiell möglich ist, ihre Anreizstruktur zu kontrollieren. Eine andere wichtige Funktion dieser Institutionen sind die Förderung von gesellschaftlicher Stabilität und Vorhersehbarkeit. Es gibt guten Grund zu der Annahme, dass stabile wirtschaftliche Institutionen nicht nur in Bezug auf Eigentumsrechte, sondern auch in Bezug auf Ansprüche auf soziale Sicherheit wichtig für das Wirtschaftswachstum sind. Zudem können staatliche Ausgaben das Wachstum und die Gleichheit fördern, indem sie die Verteilung von Ausbildung und Gesundheitsversorgung positiv steuern. Das Potential, das sozialpolitische Institutionen zum Wirtschaftswachstum beitragen können, scheint jedoch vergessen worden zu sein.

Universelle Systeme der sozialen Sicherheit in Verbindung mit einer einkommensbezogenen Sozialversicherung, die einen Großteil der Arbeitnehmerschaft abdecken, erfordern hohe Sozialausgaben. Wenn wir die Effizienz der sozialstaatlichen Systeme verbessern wollen, sollten wir uns allerdings weniger über die sozialen Gesamtausgaben und die Besteuerung Gedanken machen und mehr an die tatsächliche Ausgestaltung der Systeme und der Finanzierungsmethoden denken. Dies legt zumindest die makroökonomische und die empirische Forschung über Verhaltensauswirkungen des Wohlfahrtsstaates nahe – nichtsdestoweniger gibt es natürlich finanzielle Beschränkungen.

Soziale Sicherheit, Globalisierung und Demokratie

Welche Beschränkungen erlegt die Globalisierung den Systemen des Sozialschutzes auf? Die Globalisierung der Weltwirtschaft wird oft als Bedrohung für die nationalen Systeme des Sozialschutzes empfunden. Es ist jedoch weniger offensichtlich, warum die Idee des Wohlfahrtsstaates als solche für Nationalstaaten mit offenen Volkswirtschaften nicht realisierbar sein soll. Konventionelles Denken geht davon aus, dass die am weitesten geöffneten Volkswirtschaften unter den fortgeschrittenen Industrieländern die großzügigsten Systeme der sozialen Sicherheit entwickelt hatten, als Alternative zu der Form des Sozialschutzes, den hohe Zölle und andere Importbeschränkungen der heimischen Beschäftigung boten. Die Globalisierung wird häufig als Argument oder Entschuldigung für sozialstaatliche Einschnitte herangezogen. Die Suche nach Reformstrategien, die das Leben in einer globalen Wirtschaftsordnung und die sozialstaatlichen Pflichten in Einklang bringen, stellt somit eine große Herausforderung dar. Offensichtlich verlangt die Liberalisierung der Kapitalmärkte, dass

die Rentabilität der Investitionen ungefähr den Maßstäben in der restlichen Welt folgen muss, da aus- und inländische Investoren sonst ihr Kapital verlagern. Dies legt der Finanzierung des Sozialschutzes klare Beschränkungen auf. Die Mobilität der Arbeitnehmer setzt auch Grenzen in Bezug auf eine Absenkung der Löhne und wie hoch das Steuerniveau im Vergleich zu den angebotenen Leistungen und Diensten angehoben werden kann.

Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates ist von zentraler Bedeutung, da die gestiegenen Bedürfnisse alternder Gesellschaften den öffentlichen Haushalt und die verschiedenen Finanzierungsquellen stärker belasten werden. Ein anderer Grund liegt darin, dass die Kritik am Wohlfahrtsstaat auf Argumenten wie (i) mangelnder Kostenkontrolle und (ii) fehlenden Arbeitsanreizen beruht. In dieser Hinsicht birgt die schwedische Rentenreform von 1994-98 offensichtliche Vorteile. Der Ansatz, der von nominalen festgelegten Beiträgen in Verbindung mit automatischen Ausgleichsmechanismen ausgeht, erweist sich als effektives Instrument in Bezug auf Kostenkontrolle und verbesserte Anreize. Letztere werden auch durch die neue Form der Abstimmung der universellen Grundrente mit beitragsbezogenen Leistungen verstärkt. Was in diesem Zusammenhang selten gesehen wird, ist die Tatsache, dass das staatliche Rentensystem von anderen Einkommensquellen getrennt ist. Dies bedeutet, dass Einkommen aus Arbeit oder privaten Rentensystemen nicht die Rentenansprüche im staatlichen System verringern, was die Anreize zur Arbeit und zum Sparen erhöht.

Die Systeme der sozialen Sicherheit erfüllen ihren Zweck nur dann richtig, wenn sie reformiert werden, ohne ihre soziale Wirkung zu schwächen und wenn sie effizient ausgestaltet sind. Ob es in der Zukunft gelingen wird, die notwendigen Steuern einzuziehen, hängt von den zukünftigen Bedürfnissen der Menschen ab und wohl auch von internationaler Zusammenarbeit. Dies verweist auf die grundlegende Bedeutung der Modernisierung der sozialen Sicherheit für jede Demokratie. Gute Absichten und politischer Wille reichen jedoch nicht aus, um Reformen erfolgreich umzusetzen; die Gestaltung der bestehenden Systeme sollte kritisch beurteilt werden. Wir müssen nicht nur prüfen, ob sozialpolitische Ziele tatsächlich erreicht werden, sondern auch nach den ungewollten Auswirkungen von Sozialsystemen fragen.

Am Ende sollte die soziale Sicherheit im Zusammenhang von Demokratie und politischer Sicherheit gesehen werden. In demokratischen politischen Systemen werden verschiedene und gegensätzliche Werte und Interessen auf verschiedene Weise ausgedrückt. Aber hinter diesen Differenzen müssen gemeinsame Werte in Bezug auf das, was die Demokratie ausmacht, stehen. Ein Scheitern der Reform der Systeme der sozialen Sicherheit ließe viele Menschen in Armut und Verzweiflung zurück und verhinderte, dass zukünftig viele Kinder ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen können. Es würde auch die Demokratie bedrohen, da die volle Beteiligung aller Menschen als Bürger und Mitglieder der Gesellschaft behindert würde. Und wenn die Demokratie bedroht ist, gerät die politische Sicherheit ins Wanken. Wenn die Regierungen wirklich mehr Sicherheit auf der Welt wollen, müssen sie ihre Systeme der sozialen Sicherheit und jene anderer Länder ernst nehmen. Hier ist eine ernsthafte Diskussion über die Grundlagen der sozialen Sicherheit weltweit gefordert.